

Die Zeit drängt!

Die Organisationen ehemaliger Verding- und Heimkinder, administrativ Versorgter, Zwangssterilisierter und Zwangsadoptierter stellen eine Reihe konkreter Anträge an den Runden Tisch für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen für Empfehlungen zur raschestmöglichen Umsetzung und Finanzierung ihrer dringlichsten Forderungen

Der Runde Tisch für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen wird am 13. Juni 2013 seine erste Sitzung abhalten. Die Organisationen der Opferseite begrüssen die Einrichtung des Runden Tisches und insbesondere auch, dass dort die Vertreterinnen und Vertreter der Opferseite **paritätisch**, also in gleicher Zahl wie die Repräsentanten und Repräsentantinnen der ehemaligen Täterorganisationen, vertreten sind.

Angesichts des hohen Alters und der leider häufigen Notlage vieler von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen vor 1981 Geschädigter haben deren Organisationen ihre bereits früher den zuständigen Stellen sowie der Öffentlichkeit bekannt gemachten **Forderungen** als konkrete **Anträge** zu Empfehlungen des Runden Tisches mit einem **Budget** und einem **Zeitplan** sowie mit näheren Angaben und konkreten Vorschlägen **zu deren raschestmöglicher Umsetzung und Finanzierung** ausgearbeitet.

Sie werden diese Anträge an der ersten Sitzung des Runden Tisches einbringen, denn **die Zeit drängt, nachdem diese sowie frühere Forderungen Betroffener lange ignoriert oder blockiert wurden.**

Die Organisationen der Opferseite sind zuversichtlich, dass der Runde Tisch mithilft, diese Anliegen nun rasch umzusetzen, wie dies ja auch andere Länder zustande brachten. Selbstverständlich bedürfen die konkreten Einzelheiten einer näheren Diskussion unter Einbezug von Betroffenen sowie von Fachpersonen, was ihre konkrete Umsetzung angeht, doch darf dies keinesfalls eine Verzögerung der umgehenden finanziellen, juristischen, sozialen und wissenschaftlichen Aufarbeitung bedeuten.

Konkrete Anträge

Als erste dringende Sofortmassnahme fordern die Organisationen einen **Härtefallfonds für pfändungssichere Nothilfebeiträge von jeweils maximal 10'000.- Franken im Betrag von 50 Millionen Franken.** Dieser Fonds sollte ab 1. November 2013 seine Tätigkeit aufnehmen. Ab 1. Januar 2014 soll sodann gemäss diesen Anträgen die von den Organisationen geforderte **Entschädigung von 120'000.- Franken pro geschädigter Person in Form einer ebenfalls pfändungssicheren, dem Teuerungsausgleich unterliegenden Zusatzrente** ausbezahlt werden. Die Umrechnung des Grundbetrags in Rentenform soll durch Versicherungsfachleute besorgt werden und den umgehenden Beginn der Auszahlungen finanzpolitisch erleichtern, da diese dann nicht sofort in voller Höhe fällig werden.

Die **Gremien zur historischen, sozialwissenschaftlichen und juristischen Aufarbeitung, zur Finanzierung von für die Betroffenen häufig nicht finanzierbaren Therapien, Kompetenzzentren zur Sicherung von Akteneinsicht und Aktenberichtigung, sowie für die weitere Information der Öffentlichkeitsarbeit** sollen nach Wunsch der Organisationen ebenfalls schon 2014 aktiv werden; sie beantragen deshalb Empfehlungen zur ordentlichen **Budgetierung der dazu zusätzlich erforderlichen Mittel ebenfalls noch im Jahr 2013.**

Auch der Runde Tisch selber, dessen Finanzierung bislang noch nicht offengelegt ist, soll durch Beiträge von Kantonen und Gemeinden zusätzlich zu den bisher gesprochenen Bundesmitteln mit einem **Arbeitsbudget von 1, 5 Millionen Franken** versehen werden, damit er seinen

dringenden und wichtigen Aufgaben in den kommenden 3 Jahren nicht nur mit Empfehlungen, sondern auch durch selbst finanzierte konkrete Aufträge, Hearings, Öffentlichkeitsarbeit, Berichte in den drei wichtigsten Landessprachen etc. nachkommen kann.

Vorschläge zur Finanzierung aus andern als Steuermitteln

Die Finanzierung von Aufarbeitung und Entschädigung soll nur soweit nötig aus allgemeinen Steuermitteln erfolgen. Die Organisationen schlagen der ehemaligen Täterseite (Kantone, Gemeinden, Bund, Kirchen, Bauernverband, Heimverbände und andere) die **Finanzierung aus Fonds und nötigenfalls auch durch Verkauf von Immobilien oder Liegenschaften** vor. Wegen der erst kürzlich bekannt gewordenen Verwicklung der schweizerischen **Pharma-Industrie** in Versuche an fremdplatzierten Kindern mit unerprobten medizinischen Substanzen soll auch diese zur Kasse gebeten werden.

Des weiteren schlagen die Organisationen der Opferseite als zusätzliche Finanzquelle die Herausgabe von **Sonderbriefmarken der Post** sowie einer **Gedenk-Goldmünze aus Nationalbankgold** vor. Diese sollen mit Porträts ehemaliger Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen, die dagegen ihre Stimme erhoben, geschmückt werden (Thomas Platter, Carl Albert Loosli, Friedrich Glauser, Rosalia Wenger, Louissette Buchard-Molténi u.a.)

Diese Anträge zu konkreten Empfehlungen des Runden Tisches und deren Umsetzung wurden auf der Grundlage von deren früheren Forderungen von den Vorständen folgender Organisationen ausgearbeitet und gutgeheissen:

Verein Ravia (Verein zur Rehabilitierung administrativ Versorgter / rehabilitation internés administratifs)

Verein netzwerk-verdingt

Verein Fremdplatziert

Interessengemeinschaft Zwangssterilisierte

Interessengemeinschaft Zwangsadoptierte

Ansprechpartner für die Öffentlichkeit und die Medien zu dieser Pressemitteilung:

Ursula Müller-Biondi, 0041 79 207 61 26

ehemals administrativ Versorgte, Vizepräsidentin Ravia, Delegierte der Opferseite am Runden Tisch

Dr. Thomas Huonker, 0041 78 658 04 31

Historiker, Aktuar Verein Fremdplatziert, Delegierter der Opferseite am Runden Tisch

Beilage:

Papier

Anträge an den Runden Tisch für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen Schweiz zur Abfassung entsprechender Empfehlungen betreffend Umsetzung eines Finanzplans für die Kosten von Aufarbeitung und Entschädigung, anfangs Juni 2013